Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10820

27. 05. 98

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zu der vereinbarten Debatte zur Sicherheit von Castor-Transporten

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die politische Verantwortung für den Skandal der verstrahlten Atomtransporte trägt. Er fordert die Bundesregierung auf, allen vorliegenden konkreten Hinweisen nachzugehen, wonach das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und die Bundesbehörden bereits seit geraumer Zeit über die Verstrahlung informiert sind.

2. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß eine entscheidende Ursache für den Atomskandal in der mangelnden Distanz der Aufsichtsbehörden und der Bundesregierung zur Atomkraft liegt. Sie haben nie den notwendigen kritischen Abstand zu dieser Risikotechnologie gezeigt. Im Gegenteil: Die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit weigert sich bis heute, der Transportfirma, die überwiegend im Eigentum der Energieversorger ist, aufgrund erwiesener Unzuverlässigkeit die Genehmigung zu entziehen.

3. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß auch die Betreiber der Atomkraftwerke ihrer Verantwortung nicht gerecht wurden. Nachweislich wußten sie seit Mitte der 80er Jahre über Verstrahlungen Bescheid und sind dennoch ihrer Informationspflicht nicht nachgekommen. Deshalb muß nach dem Atomgesetz ihre Zuverlässigkeit überprüft werden.

4. Bis heute ist unklar, wie die Verstrahlungen entstanden sind und wie sie abgestellt werden können. Damit gibt es kein belastbares und rechtlich abgesichertes Entsorgungskonzept. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die Atompolitik der Bundesregierung gescheitert ist.

5. Der Deutsche Bundestag fordert ein neues Entsorgungskonzept auf der Basis der direkten Endlagerung, auch um die Atommülltransporte drastisch zu begrenzen. Die wichtigste Voraussetzung für einen Entsorgungskonsens ist der Ausstieg aus der Atomkraft.

6. Der Deutsche Bundestag verlangt von der Bundesregierung in angemessener Frist eine lückenlose Aufklärung aller Fakten und offenen Fragen.

Bonn, den 27. Mai 1998

Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333